



DFG-geförderte nationale Lizenzen („Allianz-Lizenzen“)

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat seit 2008 neben dem Kauf von Nationallizenzen für abgeschlossene elektronische Ressourcen auch die nationale Lizenzierung laufender elektronischer Zeitschriften gefördert. Im Rahmen des Pilotprojektes „Nationallizenzen für laufende Zeitschriften“ (NLZ, 2008-2010) wurden über einen Zeitraum von drei Jahren 10 Produkte lizenziert, die als bundesweites Opt-In-Konsortium angeboten wurden.

Die folgenden Zeitschriftenpakete wurden auch von der Universitätsbibliothek Mainz lizenziert:

Laufende Zeitschriften:

- AIP Journals (American Institute of Physics)
- Annual Reviews Online (Annual Reviews)
- BMJ Journals Online Collection (British Medical Journal Publishing Group)
- IoP Journals (Institute of Physics Publishing)
- Karger-Zeitschriften (S. Karger AG)
- Oxford Journals (Oxford University Press)
- RSC Journals (Royal Society of Chemistry)
- Sage Journals Online (Sage Publications)
- Walter de Gruyter Online HSS und STM (Walter de Gruyter)
- Kluwer Law Journals (Wolters Kluwer)

Von diesen Paketen waren einige (AIP, BMJ, IoP, Karger, Oxford Journals) auch schon vor den Nationallizenzen von der UB Mainz durch Konsortialverträge lizenziert.

Aufgrund der Erfahrungen mit diesen Opt-In-Konsortien wurde die „Allianz-Initiative Digitale Information“ gebildet. So hat die Arbeitsgruppe „Nationale Lizenzierung“ der Allianz-Initiative, der die DFG sowie Vertreter der Forschungsorganisationen und der GASCO angehören, die bisherigen Grundsätze zur Förderung von Nationallizenzen durch die DFG weiterentwickelt mit dem Ziel, – ergänzend zur weiterhin unabdingbaren regionalen und lokalen Literaturversorgung – auf nationaler Ebene Lizenzen für Zeitschriften, Datenbanken und eBooks abzuschließen („Allianz-Lizenzen“), die definierten Standards genügen. Diese Grundsätze wurden vom DFG-Ausschuss für wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme (AWBI) weitgehend übernommen und bilden somit Grundlage für eine mögliche Förderung der Allianz-Lizenzen durch die DFG.

Die Allianz-Lizenzen zeichnen sich durch innovative Lizenzmodelle und komfortable Nutzungsbedingungen aus. Dabei können sie als nationales Konsortium oder als DFG-geförderte nationale Lizenz ausgestaltet sein. Besonders hervorzuheben sind die folgenden Charakteristika, die in unterschiedlichem Umfang in die neuen Lizenzen einfließen:

- Preismodelle, die zumindest perspektivisch auf die Ablösung von historischen Umsatzvolumina abzielen
- Eine Archiv- und Moving-Wall-Regelung, die sicherstellt, dass während der Vertragslaufzeit entstehende Archivsegmente nach einer festzulegenden Frist im Sinne einer klassischen Nationallizenz dauerhaft und flächendeckend allen wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland zur Verfügung gestellt werden können.
- Eine Open-Access-Regelung, die sicherstellt, dass Autoren aus teilnehmenden Einrichtungen ohne Mehrkosten berechtigt sind, ihre in lizenzierten Zeitschriften erschienenen Artikel in der Regel in der durch den Verlag publizierten Form (z.B. PDF) zeitnah in ein Repositorium ihrer Wahl einzupflegen und im Open Access zugänglich zu machen (self archiving).

Die DFG hat im Jahr 2010 erstmals die Möglichkeit eröffnet, grundsätzlich Anträge auf Förderung von dynamischen und laufenden elektronischen Produkten zu stellen. Wie bereits im NLZ-Pilotprojekt, ist für die nationale Bereitstellung dieser Ressourcen keine Vollförderung möglich und eine Eigenbeteiligung der teilnehmenden Institutionen erforderlich. Der damals gewählte Modellansatz einer Nationallizenz auf Beitrittsbasis in Form eines bundesweiten Konsortiums (sog. Opt-In-Modell) wurde für die Allianz-Lizenzen weiterentwickelt. Die Finanzierung der Allianz-Lizenzen erfolgt im Fall einer DFG-Förderung anteilig durch die Konsortialteilnehmer sowie durch einen Förderbeitrag der DFG von höchstens 25 % bezogen auf die Gesamtkosten des Abschlusses.

Für die Universitätsbibliothek Mainz bedeutet dies, dass für das Jahr 2011 eine erheblich finanzielle Mehrbelastung auf sie zukommt, wenn sie diese Zeitschriftenpakete weiter lizenzieren will. Dabei ergeben sich nicht nur finanzielle Mehrkosten durch den verringerten DFG-Förderanteil, sondern auch durch eine Neuorientierung bei der Vertragsgestaltung von einigen Zeitschriftenpaketen zum E-Only-Bezug. Das bedeutet bei diesen Zeitschriftenpaketen (AIP, Karger, RSC, Walter de Gruyter), dass eine weitere Lizenzierung dieser Pakete praktisch nur noch sinnvoll ist, wenn gleichzeitig die Printabonnements dieser Verlage gekündigt und die damit freiwerdenden Mittel zur Finanzierung des E-Only-Pakets verwandt werden. Die UB hatte ja schon lange in den Fachbereichen dafür geworben, dass auch dort die Printabonnements in einen E-Only-Bezug umgewandelt werden sollten. Gleichzeitig hatte sie sich für eine Zentralisierung bei der Zeitschriftenfinanzierung ausgesprochen, da diese Entwicklung absehbar war und ein uniweiter Umstieg auf E-Only praktisch nur bei zentraler Mittelbewirtschaftung des Zeitschriftenetats durchführbar ist.

Bei der Entscheidung der UB, welche Zeitschriftenpakete nun in 2011 weiter finanziert werden sollen, haben natürlich auch die in den letzten drei Jahren gesammelten Nutzungszahlen eine wesentliche Rolle gespielt.

Vor diesem Hintergrund hat sich nun die UB zum Weiterbezug der folgenden Pakete entschlossen:

- **AIP:** 13 wichtige Physik-Zeitschriften des AIP. Da hier schon vom Fachbereich vor längerer Zeit der Umstieg auf E-Only vollzogen wurde, war die Fortführung unproblematisch.
- **Annual Reviews:** 37 Jahrbücher aus Medizin, Natur- und Sozialwissenschaften. Diese Zeitschriften gehören zu den meistzitierten Zeitschriften. Hier hatte schon die UB vorher einen E-Only-Bezug lizenziert.
- **BMJ:** 23 Medizin-Zeitschriften der BMJ Publishing Group. Der Vertrag kann in konventioneller Form mit Bestandskomponente weitergeführt werden. Aber auch hier wird ein Umstieg auf E-Only empfohlen.
- **IoP.** Alle Zeitschriften des IoP und Titel des Turpion-Verlags. Hauptsächlich Physik-Zeitschriften. Der Vertrag kann in bisheriger Form weitergeführt werden. Ein Umstieg auf E-Only ist ratsam. Wird nicht von der DFG finanziell gefördert.
- **Oxford Journals:** Über 220 Zeitschriften von OUP aus allen Fachgebieten. Das Paket konnte in der bisherigen Form weitergeführt werden. Die Nutzung war sehr gut.
- **RSC:** 30 Zeitschriften und 4 Datenbanken aus dem Bereich der Chemie. Da der Fachbereich Chemie den Umstieg auf E-Only sofort durchgeführt hat, konnte so das Paket dann auch finanziert werden.
- **Sage:** Über 550 Zeitschriften mit dem Schwerpunkt Sozialwissenschaften. Da dieses Paket schon vor der Nationallizenz ein wichtiges Desiderat der UB war und auch sehr gut genutzt wurde, wird von der UB die Access Fee weiterfinanziert. Es gilt wie bisher die Pflicht zur Bestandserhaltung.
- **Walter de Gruyter / Geistes und Sozialwissenschaften:** 106 Zeitschriften mit dem Schwerpunkt Sprach-, Literatur- und Kommunikationswissenschaften. Sehr viele der Titel sind auf dem Campus in Printform abonniert. Deswegen ist eine Finanzierung dieses Pakets sinnvoll. Da es sich um ein E-Only-Paket handelt, sollten die Printabonnements abbestellt oder zumindest zu einem Deep Discount bezogen werden. Die Fachbereiche sind auch dahingehend informiert worden.

Die folgenden Pakete können in 2011 nicht mehr lizenziert werden:

- **Karger:** Das Paket wurde in den letzten Jahren im Vergleich mit anderen medizinischen Zeitschriftenpaketen relativ schlecht genutzt. Da der E-Only-Preis für dieses Paket ohne eine Beteiligung der Universitätsmedizin an den Kosten nicht von der UB allein zu finanzieren gewesen wäre und eine Verlagerung der Abonnementkosten für die Printexemplare auch nicht zu organisieren war, musste auf dieses Paket verzichtet werden.
- **Walter de Gruyter / Naturwissenschaften:** Diesem Paket lagen nur 3 Printabonnements zugrunde. Die Nutzung des Gesamtpakets war relativ schlecht. Eine weitere Lizenzierung wäre angesichts der hohen Kosten nicht zu verantworten gewesen.

Für die Pakete **Kluwer Law** und das neue Paket der Zeitschriften der **European Mathematical Society** wurde von den betroffenen Fachbereichen kein Interesse signalisiert.